

Politische Blockade: Wildeshausens Dachdämmung kämpft um Zukunft!

Am 8.04.2025 plant die Stiftung in Wildeshausen eine Dachdämmung für 75.000 Euro, trotz politischer Widerstände und finanzieller Sorgen.

Wildeshausen, Deutschland - Im Rahmen der aktuellen Diskussion über das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wird die geplante Dachdämmung des Ida-Nieberding-Hauses in Wildeshausen zum zentralen Thema. Mit Gesamtkosten von etwa 75.000 Euro ausgestattet, sollen neben der Dämmung auch neue LED-Beleuchtung und Decken installiert werden. Kämmerer Thomas Eilers äußerte jedoch Bedenken, da sich die Dachdämmung wirtschaftlich möglicherweise nicht rechnet. Die jährlichen Einsparungen durch die Maßnahmen werden auf etwa 2.000 Euro geschätzt, wobei die tatsächlichen Einsparungen stark von Faktoren wie Witterung und Verbrauchsverhalten abhängen könnten. Laut der Stiftung, die Eigentümerin des Gebäudes ist, hätte die Investition zur Folge, dass nahezu alle liquiden Mittel aufgebraucht werden, da im vergangenen Jahr bereits 185.000 Euro in die Dachsanierung und Alarmanlage investiert wurden.

Die Finanzierung der Dachdämmung würde sich wie folgt aufteilen: 16.000 Euro für das Jugendzentrum, 8.000 Euro für die Kunstschule, 24.000 Euro für neue Decken und 27.000 Euro für die LED-Beleuchtung. Jens-Peter Hennken (CDW) kritisierte die Ablehnung einer möglichen Ausnahme von den Verpflichtungen des GEG und betonte die Priorität des Klimaschutzes viel mehr als die wirtschaftliche Härte der Maßnahme.

Neues von der Bauministerkonferenz

Die Bauministerkonferenz spricht sich dafür aus, die bisherige Ausrichtung an der Gebäudedämmung zu überdenken. Dies ist besonders relevant, da die derzeitige Regelung im GEG bei größeren Sanierungen von Fassaden eine GEG-konforme Dämmung verlangt. Andernfalls drohen Bußgelder von bis zu 50.000 Euro. Die Empörung in der Baubranche, insbesondere seitens Verbänden wie BuVEG, DEN und GIH, ist groß. Kritiker argumentieren, dass eine Verbrauchsreduktion, die zur Erreichung der Klimaziele notwendig ist, nur durch die Verbesserung der Gebäudehülle erreichbar sei. SPD-Politikerin Dorothee Stapelfeldt verdeutlichte, dass Klimaneutralität bis 2045 durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen erreicht werden müsse.

Barbara Metz von der Deutschen Umwelthilfe fordert eine Rücknahme und Nachbesserung des GEG. David Kehrberg legte dar, dass es nicht darum gehe, die Dämmung abzuschaffen, sondern die Maßnahmen durch Technologien wie Photovoltaik und Solarthermie zu erweitern. Der Anspruch auf ein umweltfreundlicheres Bauen wird ebenso klar, wie der Hinweis auf die Innovationsklauseln und Quartierskonzepte im GEG.

Überarbeitete Richtlinien aus der EU

Ergänzend zur Debatte auf nationaler Ebene wurde in der EU eine überarbeitete Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden beschlossen. Diese neuen Vorgaben zielen darauf ab, den Energieverbrauch und die Emissionen von Gebäuden in der EU signifikant zu senken. Mitgliedstaaten müssen bis 2030 den durchschnittlichen Primärenergieverbrauch von Wohngebäuden um 16 % und bis 2035 um 20-22 % reduzieren. Insbesondere ist vorgesehen, dass 16 % der Gebäude mit der schlechtesten Energieeffizienz bis 2030 renoviert werden sollen.

Zusätzlich sieht die Richtlinie vor, dass Neubauten zum Nullemissionsgebäude werden und dass die Installation von

Solarenergieanlagen zur Norm wird. Ab dem 1. Januar 2025 sind zudem Subventionen für fossile Heizkessel nicht mehr zulässig. Diese Regelungen unterstreichen die Dringlichkeit und Relevanz von energetischen Sanierungsmaßnahmen und deren Notwendigkeit im Kampf gegen den Klimawandel.

Aktuell machen Gebäude fast 40 % des Energieverbrauchs der EU aus und sind für etwa 35 % der energiebedingten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Angesichts dieser Daten wird deutlich, dass Maßnahmen wie die im Ida-Nieberding-Haus vorgeschlagene Dachdämmung eine wichtige Rolle für die Umsetzung von Klimazielen spielen, auch wenn die finanziellen Hürden dabei nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Derzeit steht die Frage im Raum, wie man eine Balance zwischen wirtschaftlichem Nutzen und klimagesichtlicher Notwendigkeit schaffen kann, insbesondere wenn langfristig Klimaneutralität und die entsprechenden Vorgaben im Gesetz verankert werden sollen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wildeshausen, Deutschland
Schaden in €	75000
Quellen	• www.kreiszeitung.de • www.deutschlandfunk.de • germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de